

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

18.10.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Gezielte Sabotage an Nord Stream vermutet</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.10.2022</i> .....	3
2   <b>Trotz Krise: Arbeitsmarkt in MV braucht Fachkräfte</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.10.2022</i> .....	4
3   <b>Alle drei deutschen Atomkraftwerke sollen bis Mitte April laufen können</b> <i>Spiegel.de, 18.10.2022</i> .....	5
4   <b>Tschechiens AKW-Plan und die Nervosität der CSU</b> <i>DIE WELT, 18.10.2022</i> .....	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.10.2022 | S. 7

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pubantz

## ERDGAS-PIPELINE

# Gezielte Sabotage an Nord Stream vermutet

### Von deutscher Seite sitzt Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bei den Ermittlungen mit im Boot.

Top secret! Die Bundesregierung tut sich mit Antworten zu möglichen Hintergründen des Anschlags auf die Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee schwer. Aus „Gründen des Staatswohls“ und um „nachteilige Auswirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit“ von Nachrichtendiensten international nicht zu gefährden, gibt es aus Berlin nur begrenzt Informationen. Zwei DIN-A4-Seiten braucht das Bundeswirtschaftsministerium, um eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm (AfD) aus Schweden dahingehend zu beantworten, dass man aus Sicherheitsgründen eben kaum antwortet.

Immerhin äußert sich der Bund nun umfassender zu den Vorfällen von Ende September. Damals war Gas in großen Mengen zunächst aus Nord Stream 2, später auch aus Nord Stream 1 ausgeströmt. Betroffen: drei von vier der Röhren, die von Russland bis nach Lubmin in MV führen. „Die Bundesregierung geht von einer gezielten Sabotage aus“, erklärt Patrick Graichen, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Aufgrund des komplexen Tathergangs sei „das Agieren staatli-

cher Akteure wahrscheinlich“. Nach Hinweisen aus Dänemark und Polen seien vermutlich mehrere hundert Kilogramm Sprengstoff an den Pipelines in die Luft gejagt worden.

Für Deutschland habe die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Ermittlungen übernommen. Zudem beteilige man sich am Aufbau einer gemeinsamen Ermittlergruppe mit Dänemark und Schweden. Mit Nachbarländern solle es auch „gemeinsame Kontrollen auf dem Meer“ geben, so Graichen.

AfD-Mann Holm befriedigt die Antwort aus Berlin nicht. Diese lege nahe, dass die Bundesregierung „mehr über die Hintergründe der Anschläge auf die Pipelines weiß“. Holm: „Überhaupt verhält sich die Regierung auffallend still in diesem Fall. Ich hätte da schon ein paar mehr offizielle und deutliche Worte von Kanzler Scholz erwartet. Immerhin handelt es sich um einen bislang nicht da gewesenen Anschlag auf unsere Energiesicherheit und damit auch auf unsere innere wie äußere Sicherheit.“

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.10.2022 | S. 10

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pfaff

## Trotz Krise: Arbeitsmarkt in MV braucht Fachkräfte

### Agentur-Regionalchef Biercher blickt verhalten optimistisch auf 2023

Trotz düsterer Stimmung in der Wirtschaft und nach unten korrigierter Wachstumsprognosen der Bundesregierung erwartet der Chef der Arbeitsagentur Nord, Markus Biercher, für 2023 in Mecklenburg-Vorpommern keinen Einbruch am Arbeitsmarkt. „Ich gehe davon aus, dass die Beschäftigung moderat ansteigt, vielleicht so um 0,5 Prozent“, sagte Biercher gestern in Schwerin. Damit hätten im Jahresmittel etwa 586 000 Menschen im Nordosten einen sozialversicherungspflichtigen Job. Mitte 2022 waren es laut Arbeitsagentur 582 400. Die Zahl der Arbeitslosen werde sich auf dem Niveau des zu Ende gehenden Jahres bewegen, im Monatsmittel also etwa bei 59 300.

Biercher begründete seine vergleichsweise optimistischen Erwartungen mit den jetzt veröffentlichten Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und den regionalen Besonderheiten. So gebe es ungeachtet der Debatten um hohe Energiepreise und Inflation im Land noch immer eine rege Nachfrage nach Fachkräften und geburtenstarke Jahrgänge erreichten das Rentenalter. Laut Biercher legte das Institut Zahlen für drei Szenarien vor. Er erwarte, dass das mittlere eintreten werde. Schlimmstenfalls jedoch werde mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 16 Prozent gerechnet. Sollten Energiekrise und Inflation wider Erwarten

kaum Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, halten die Experten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10 Prozent für möglich.

Die Differenz zwischen beiden Extremen mache die aktuell sehr unsichere Lage deutlich: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir vorher schon einmal eine solche Spanne bei den Prognosen hatten“, sagte der für drei Bundesländer zuständige Agentur-Regionalchef. Nach Einschätzung Bierchers drückt das nachlassende Konsumklima besonders auf die Stimmung der Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern. Wegen der im Vergleich zu Schleswig-Holstein oder Hamburg geringen Exportquote sei die Wirtschaft im Nordosten stark von der Inlandsnachfrage abhängig. Das zeige sich insbesondere in der Gastronomie, die für Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung sei. Doch auch dort bestehe Bedarf an Mitarbeitern, wie sich erst im September wieder gezeigt habe.

Ungeachtet der sich verschärfenden Debatten um Energiesicherheit und Gaspreise hatte sich der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern zuletzt positiv entwickelt. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl zum Vormonat war im September im Ländervergleich mit 4 Prozent der zweithöchste, knapp hinter Schleswig-Holstein (4,1).

# DER SPIEGEL

📄 Spiegel.de | 18.10.2022 | S. 18:26 Uhr

👤 Timo Lehmann, Severin Weiland

🔗 WEBLINK

## ENTSCHEIDUNG VON SCHOLZ

### Alle drei deutschen Atomkraftwerke sollen bis Mitte April laufen können

*Im Streit über die Atomkraftwerke zwischen Grünen und FDP greift der Bundeskanzler mit seiner Richtlinienkompetenz durch. Auch das Kraftwerk Emsland soll 2023 laufen.*

Nach wochenlangem Streit um den Weiterbetrieb der noch verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland hat Bundeskanzler Olaf Scholz ein Machtwort gesprochen. In einem Schreiben an die zuständigen Minister ordnete er am Montag an, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 sowie Emsland über den 31. Dezember 2022 hinaus bis längstens zum 15. April 2023 betreiben zu können.

Zuvor gab es Uneinigkeit in der Koalition über das Thema, vor allem zwischen Grünen und FDP. Die Grünen wollten nur die beiden süddeutschen Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 bis zum 15. April in Reserve halten und bei Bedarf weiter für die Stromerzeugung nutzen. Das dritte noch verbleibende AKW Emsland hingegen sollte zum 1. Januar 2023 endgültig abgeschaltet werden. Diese Linie hatte der Grünen-Parteitag am Wochenende in Bonn bestätigt. Die Anschaffung neuer Brennstäbe für einen längeren Betrieb lehnten die Delegierten ab.

Die FDP verlangte hingegen angesichts der stark gestiegenen Energiepreise einen Weiterbetrieb aller drei Kraftwerke bis ins Jahr 2024 und gegebenenfalls die Reaktivierung bereits stillgelegter AKW. Grünen-Chefin Ricarda Lang forderte am Montag noch die Kanzlerpartei SPD auf, in der Atomfrage klarer Position zu beziehen. »Ich würde manchmal gerne wissen, was die Haltung der SPD bei diesem Thema ist«, sagte Lang in Berlin. Die Koalition an sich sehe sie aber durch den Streit um die Atomkraft nicht gefährdet, betonte sie.

Der FDP-Fraktionschef im Bundestag, Christian Dürr, twitterte kurz nach dem Bekanntwerden der Entscheidung des Kanzlers, dies seien gute Nachrichten vor dem Hintergrund der Energiekrise. »Alle drei Kernkraftwerke bleiben diesen Winter im Leistungsbetrieb am Netz, um Strom zu produzieren – auch das AKW Emsland«. FDP-Chef und Finanzminister Christi-

an Lindner twitterte, es sei im vitalen Interesse des Landes und seiner Wirtschaft, »dass wir in diesem Winter alle Kapazitäten der Energieerzeugung erhalten«. Der Bundeskanzler habe nun Klarheit geschaffen.

Weiter erklärte Lindner, die weitere Nutzung des AKW im Emsland sei ein wichtiger Beitrag für Netzstabilität, Stromkosten und Klimaschutz. »Der Vorschlag findet daher die volle Unterstützung der Freien Demokraten«, die gesetzlichen Grundlagen könnten sofort gemeinsam geschaffen werden. Und für den Winter Ende kommenden Jahres kündigte Lindner an: »Auch für den Winter 2023/2024 werden wir gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeiten. Darauf können sich die Menschen nach der heutigen Entscheidung verlassen.«

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte dem SPIEGEL: »Der Weiterbetrieb aller drei Kernkraftwerke ist eine sehr gute Nachricht für die Menschen, die Betriebe und die Unternehmen in unserem Land.« Es sei eine Entscheidung für Energiesicherheit, für handfeste Preisdämpfungen und für den Klimaschutz. Und er fügte ausdrücklich hinzu: »Auf Druck der FDP wurde diese Entscheidung möglich gemacht. Wir fordern seit Monaten, dass nicht nur zwei, sondern alle drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke weiterlaufen.« Er sei sehr erleichtert, dass der »einzig vernünftige Weg zur Bewältigung der akuten Energiekrise in diesem Herbst und Winter nun endlich beschritten werden kann«.

In dem Schreiben an Wirtschaftsminister Robert Habeck, Umweltministerin Steffi Lemke und Finanzminister Christian Lindner erklärte Scholz, dass zudem ein ambitioniertes Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz vorgelegt werde. Auch solle der vorgezogene Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier gesetzgeberisch umgesetzt werden.

## Tschechiens AKW-Plan und die Nervosität der CSU

### In Grenznähe zu Bayern sollen neue Kernkraftwerke errichtet werden. Deutsche Politiker aus der Region fühlen sich überrumpelt. Söders CSU laviert

Da muss jetzt einer mit der versteckten Kamera ums Eck kommen, das kann ja nicht wahr sein“, beschreibt Olaf Heinrich seine Gedanken an dem Tag. Als Mitglied einer niederbayerischen Delegation war der CSU-Kommunalpolitiker zum vierten „Forum der Partnerregionen des Kreises Südböhmen“ nach Tschechien gereist. Bei diesem Forum besprechen Vertreter aus der deutsch-tschechisch-österreichischen Grenzregion eigentlich ihre Zusammenarbeit, aber dieses Mal Ende September war etwas anders.

„Der Termin wurde ohne jede Tagesordnung kommuniziert, es war mit keinem Wort erkennbar, worum es eigentlich geht“, erinnert sich Heinrich. Statt eines Partnertreffens auf Augenhöhe habe er einer „medial begleiteten Werbeveranstaltung“ beigewohnt: Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala verkündete ohne Mitsprachemöglichkeit den „südböhmischen Nuklearpakt“, der die Errichtung mehrerer neuartiger Reaktoren in Grenznähe zu Bayern vorsieht. Heinrichs Eindruck: „Wir waren die eingeladenen Claqueure.“

Kern der tschechischen Pläne sind sogenannte kleine modulare Reaktoren, die kleiner und günstiger sein sollen als bisherige Modelle. Das Konzept existiert Experten zufolge allerdings bislang hauptsächlich auf dem Papier. Südböhmen solle in dieser Technologie nun Vorreiter werden, dafür habe man die Genehmigungsverfahren erleichtert, zitiert Heinrich aus seiner Mitschrift von Fialas Eröffnungsrede.

Heinrich ist Bürgermeister der 7000-Einwohner-Gemeinde Freyung in Ostbayern und Vorsitzender des niederbayerischen Bezirkstags. Atomkraft ist ein Dauerthema in seiner Region: Vom Freyunger Hausberg aus kann man die Dampf Wolken der Kernkraftwerke Isar 2 bei Landshut und Temelin in Tschechien sehen. Temelin macht aufgrund von Störfällen immer wieder Schlagzeilen, genau dort soll nun bis 2032 der erste modulare Reaktor entstehen, als Testlauf für weitere in der Region. „Für die Grenzregion in Bayern hat das enorme Folgen“, sagt Heinrich. Er fürchtet einen

nachhaltigen Imageschaden für die Tourismusregion am Nationalpark Bayerischer Wald - und auch um die Sicherheit. Das Thema Risiko und Sicherheitsvorkehrungen sei auf dem Forum mit keinem Wort angesprochen worden. Eigentlich arbeiten die bayerischen Grenzregionen mit den tschechischen bestens zusammen, wie Beteiligte stets hervorheben, genau wie die Regierungen. Heinrich sieht die Partnerschaft durch diese Art der Kommunikation aber „schon beeinträchtigt“.

Dass Deutschlands Nachbar weiterhin auf Atomkraft setzen will, war bekannt - aber das Ausmaß der Pläne verursachte in Bayern Irritation quer durch die Parteien. „Ich bin entsetzt über den Irrweg, den Tschechien einschlagen will“, reagierte der aus der Grenzregion stammende Landtagsabgeordnete Toni Schuberl (Grüne). Eine Mitverantwortung dafür verortet er innerhalb der Grenzen bei der CSU. „Tschechien setzt im Grunde das um, was der CSU-Bezirksvorsitzende von Niederbayern gefordert hat: den Bau neuer Atomkraftwerke.“ Der CSU-Bezirksvorsitzende ist der ehemalige Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Gegenüber WELT AM SONNTAG hatte er kürzlich neue Atomkraftwerke für Deutschland vorgeschlagen.

Aber nicht nur neue tschechische Kernkraftwerke, auch die Möglichkeit eines Atomendlagers in der Grenzregion bereitet bayerischen Politikern Sorgen. Bereits im Februar warnte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in einem Brief an den tschechischen Regierungschef Fiala vor einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Lebens in der Region und großem Widerstand der Bevölkerung. Bayern wende sich „entschieden gegen Pläne zum Bau eines tschechischen Atomendlagers im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet“.

Auch für ein deutsches Endlager ist die Region um den Nationalpark Bayerischer Wald im Gespräch. Niederbayerns Landräte und Oberbürgermeister haben jüngst eine Koordinierungsstelle geschaffen, um die Standortsuche des Bundes kritisch zu prüfen und

rechtzeitig Bedenken anzumelden. "Wir müssen auf der Hut sein", verkündete der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) in einer Pressemitteilung. Initiator des Vorhabens ist der Sprecher der niederbayerischen Landräte Sebastian Gruber (CSU).

Dabei gehört die CSU in der aktuellen Energie-Debatte eigentlich zu den lautesten Verfechtern der Atomkraft, zumindest bis Ende 2024. Den Vorwurf der Inkonsistenz lässt Andreas Lenz, fachpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag für Energie und Nachhaltigkeit, nicht gelten. Es sei "ein Unterschied, ob man neue Kernkraftwerke baut, oder ob man den befristeten Weiterbetrieb bestehender Kernkraftwerke in einer überaus angespannten Versorgungslage fordert", sagt Lenz auf WELT-Anfrage. Außerdem gebe es einen Unterschied bei den Sicherheitsstandards in Deutschland und Tschechien. Lenz betont zudem - wie auch Kommunalpolitiker Heinrich - dass jedes Land über seine Energiepolitik selbst entscheide.

Und die Voraussetzungen dafür sind in jedem Land unterschiedlich. "Tschechien verfügt von Natur aus nur über ein begrenztes Potenzial für die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien. Kernenergie spielt für die Tschechische Republik deswegen eine wichtige Rolle", sagt Ladislav Kriz, Sprecher des

Energie-Unternehmens CEZ, das an den tschechischen Atomprojekten beteiligt ist. Vertreter der tschechischen Politik ließen WELT-Anfragen unbeantwortet.

"Man muss den Tschechen schon zugestehen: Windenergieparks wie in Norddeutschland haben sie dort nicht, und auch in Sachen Wasserkraft ist im Grunde nichts da", sagt Kaspar Sammer. Er ist Geschäftsführer der Euregio, einem Zusammenschluss von Kommunen, Landkreisen und Verbänden in der Grenzregion. Durch seine Arbeit kennt er die Befindlichkeiten auf der anderen Seite gut. "Die Tschechen werden sich nicht viel von außen sagen lassen, wie sie ihre Politik zu gestalten haben." Dass die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien Schaden genommen hat, glaubt er nicht. "Aber man muss ehrlich miteinander umgehen." Bis der erste modulare Reaktor stehen wird, werden ohnehin mindestens zehn Jahre vergehen. "Bis dahin kann viel passieren."

Bezirksratsvorsitzender Heinrich sieht "den Ball in Berlin". Das Thema müsse zwischen zwei Regierungen geklärt werden. "Ich erwarte von der Bundesregierung, dass man in engen Dialog tritt. Nicht um den Tschechen zu erklären, was man tun soll, aber um den Prozess so zu diskutieren, dass maximale Sicherheitsstandards eingefordert werden."